Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 596. Abendblatt. Freitag den 20. Dezember 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 19. Dezember. Der Geh. Ober-Finanzrath Hellwig ist in Begleitung des Steuerrath Hahn am 12. Dezbr. in Petersburg eingetroffen, um die auch vom Grafen Bismarck im Abgeordnetenhause erwähnten Verhandlungen wegen Erleichterung des Grenzverkehrs mit der russischen Regierung zu führen. Beide Beamte sind durch den preußischen Gesandten daselbst dem russischen Finanzminister und dem Direktor des Zolldepartements Fürsten Obolenski vorgestellt worden. — Der bekannte Berliner Korrespondent der „Augsb. Allg. Ztg.“, der sich in der Regel den Anschein giebt, in die Geheimnisse der preußischen Politik eingeweiht zu sein, dabei aber nur dann brauchbare Nachrichten bringt, wenn er sie nach der bei ihm üblichen Praxis der Nordd. Allg. Ztg. oder irgend einem offiziösen Organ entnommen hat, will wissen, daß Preußen jetzt nach den Erklärungen des Herrn v. Varnbüler gegen den Eintritt Würtembergs in den norddeutschen Bund, den Anschluß Badens an Norddeutschland fördern werde und daß die badische mit der hessischen Division das 13. Armeekorps bilden solle. Es ist hierbei zu bemerken, daß dergleichen Nachrichten von Gegnern Preußens erfunden werden, um zu insinuiren, daß Preußen auf Süddeutschland einen Druck übe und auf den Anschluß desselben an den norddeutschen Bund dränge. Wir haben schon früher erwähnt, daß der preußischen Regierung dergleichen Absichten fern liegen. — Der Abschluß der Verhandlungen zwischen Preußen resp. dem Zollverein und Frankreich, die zum Zweck haben, dem durch den französischen Handels- und Schifffahrtsvertrag gebundenen Mecklenburg den Eintritt in den Zollverein möglich zu machen, ist noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen werden vielmehr hier (nicht in Paris) noch fortgeführt und die gegentheiligen Angaben stützen sich nur auf eine Willfährigkeit Preußens, die französischen Forderungen zu bewilligen, die überhaupt nicht vorhanden ist. — Die „Süddeutsche Presse“ in München, die sich in neuester Zeit über die deutschen Angelegenheiten und das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich besonnener ausspricht, bemerkt in ihrer neuesten Nummer, daß Oesterreich nur dann aus seinen Finanzverlegenheiten herauskommen werde, wenn es die Hoffnung auf neue Kriege zur Wiederherstellung des alten Zustandes aufgiebt, sich mit Preußen zu verständigen sucht und auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten Verzicht leistet. Preußen, dem überhaupt jeder Angriffskrieg fern liege, werde zu dieser Verständigung gern die Hand bieten. Hierdurch sei Oesterreich zugleich der Gefahr eines Krieges mit Rußland überhoben. Man darf wohl annehmen, daß der Staatsmann, der jetzt die Geschicke Oesterreichs leitet, dieselben Anschauungen theilt. — Wie weit die Hetzereien der Republikaner in Süddeutschland gehen, beweist der Umstand, daß die Richter, die das Urtheil gegen den Redakteur des „Beobachters“ Karl Meyer in Eßlingen wegen Schmähung der preußischen Staatsregierung und Beleidigung des Königs von Preußen gefällt hatten, vom aufgehetzten Pöbel insultirt und verfolgt wurden, als sie nach der Verhandlung den Sitzungssaal verließen. — Die in England für preußische Rechnung jetzt noch im Bau begriffene Panzerfregatte wird nicht den Namen „Wilhelm I.“, sondern mit Allerhöchster Genehmigung den Namen „König Wilhelm“ führen. Zwei andere Panzerfregatten führen bekanntlich den Namen „Kronprinz“ und „Friedrich Karl“. — Wenn das Etatsgesetz vor dem 1. Januar nicht zu Stande kommt, so trägt nicht die Regierung, sondern das Abgeordnetenhaus durch die unnöthige Ausdehnung seiner Debatten die Schuld davon. Auf die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits wird sich die Regierung der sogenannten konstitutionellen Doktrin zu Liebe schwerlich einlassen. — Mehrere Zeitungen stellen die Behauptung auf, daß die Zeitungssteuer leicht dadurch in Wegfall gebracht werden könnte, wenn der betreffende Einnahmeposten vom Abgeordnetenhause auf dem Etat gestrichen würde. Die Regierung werde und müsse dann die Sache fallen lassen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß ein Etatsposten nicht einseitig gestrichen werden kann, der auf Grund eines Gesetzes erhoben ist. Derselbe würde nach §. 109 der Verfassung so lange forterhoben werden können, bis das betreffende Gesetz durch die Zusammenwirkung aller drei Faktoren der Gesetzgebung aufgehoben worden ist.

Berlin, 19. Dezember. Se. Majestät der König empfing Donnerstag Morgens die aus Schleswig und Kassel hier eingetroffenen kommandirenden Generale v. Manstein und v. Plonski, den Kommandeur der 21. Kavallerie-Brigade, General-Major v. Rauch aus Frankfurt a. M. und außer anderen Militärs auch den Großherzoglich hessischen Obersten von der Artillerie v. Hartmann, welcher sich vor seiner Abreise nach Darmstadt verabschiedete, und nahm darauf die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Chefs des Militär-Kabinets v. Treskow &c. entgegen. Nachmittags konferirte Se. Majestät der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und erschien Abends in der Oper.

— Am 16. Dezember feierte der Ober-Tribunalsrath Dr. Sander sein 50jähriges Dienstjubiläum. Die Mitglieder des Ober-Tribunals hatten sich um 8½ Uhr Morgens versammelt und begaben sich unter Vortritt ihres Chefs in die Wohnung des Jubilars. Dort überreichte der erste Präsident des Ober-Tribunals, Herr Staatsminister Uhden Excellenz, dem hochverdienten Mann im Namen Sr. Majestät des Königs den Rothen Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife und im Namen der Kollegen einen kostbaren, höchst geschmackvoll gearbeiteten silbernen Pokal. Um 12 Uhr vereinigte ein Festmahl in der Wohnung des Jubilars noch einmal die Kollegen und bei demselben ließ der Jubilar den gefüllten Pokal im Kreise herumgehen mit der Bitte, ihn zuerst auf das Wohl Sr. Majestät des Königs zu leeren.

Berlin, 19. Dezbr. (Haus der Abgeordneten.) 20. Sitzung. Präsident: v. Forckenbeck. Am Ministertisch: der Finanzminister Freiherr v. d. Heydt und v. Selchow und mehrere Regierungs-Kommissarien. Die Tribünen und Logen sind sehr mäßig besetzt, die Plätze im Hause lückenhaft. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. (Urlaubsgesuche sind eingegangen und werden bewilligt.) Nachdem das Haus die Wahlen Dodillet's und v. Lyncker's im 3. Gumbinner Wahlbezirk, wie bereits gemeldet, beanstandet, geht dasselbe zum zweiten Theil der Tagesordnung über. Bericht der XI. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einrichtung von Darlehnskassen in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen. Zu dem Kommissions-Entwurfe sind folgende Zusatz-Anträge eingegangen: 1. Der Abg. Dr. Becker und Genossen beantragt, dem §. 3 folgenden Zusatz zu geben: Den Kreisverbänden ist gestattet, von den empfangenen Darlehnen den eingetragenen Genossenschaften (Gesetz vom 27. März 1867) verzinsliche Vorschüsse zu geben. 2. Der Abg. v. Vincke (Minden) wünscht §. 1 wie folgt amendirt: „Der Finanzminister wird ermächtigt, zum Behuf der Linderung des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes die auf Grund der Verordnung vom 18. Mai 1866 ausgegebenen und noch nicht vernichteten Darlehnskassenscheine, welche demselben von der Hauptverwaltung der Darlehnskassen im Betrage von einer Million zweihundert acht und zwanzig tausend Thalern zu überweisen sind, wieder in Umlauf zu setzen und neue Darlehnskassenscheine im Betrage von einer Million Thaler ausgeben zu lassen. Die letzteren werden von der Hauptverwaltung der Staatsschulden in Abschnitten zu 5 Thalern ausgefertigt und dem Finanzminister überwiesen. Vor der Ausgabe dieser Scheine ist eine genaue Beschreibung derselben öffentlich bekannt zu machen.“

Es erhält sodann als Berichterstatter der Abg. Jacoby (Liegnitz) das Wort. Derselbe schildert bei fast vollständig leeren Bänken, namentlich auf der rechten Seite des Hauses, die Nothstände in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen und erläutert diejenigen Maßregeln der Staatsregierung, welche dieselbe schon zur Abhülfe getroffen und noch beabsichtige; hierzu gehöre auch der vorgelegte Gesetzentwurf, der in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung als ein neuer Regierungsentwurf betrachtet werden könne. Redner setzt weiter die Hauptunterschiede des ursprünglichen und des Kommissionsentwurfs auseinander, skizzirt Letzteren in seinen Hauptmomenten und bespricht sodann das Wesen der neuen Darlehnskassenscheine; es sei dasselbe, wie das der alten. Die Kommission habe geglaubt annehmen zu können, daß ohne eine solche Hülfe, wie sie durch den Entwurf beabsichtigt werde, Tausende von kleinen Grundbesitzern gänzlich zu Grunde gehen würden. Sie habe sich mit dem Antrage des Abg. v. Vincke (Minden) einverstanden erklärt, nicht mit dem des Abg. Dr. Becker. Denn wenn einzelne von den kleinen Gewerbetreibenden auch in der Lage seien, Sicherheit zu gewähren, so seien es doch immer nur einzelne, im Großen und Ganzen seien sie zur Sicherheitgewährung nicht in der Lage. Der Gesetz-Entwurf wurde dann allgemein angenommen und im Namen der Kommission habe ich Sie zu bitten, ihn möglichst einstimmig anzunehmen. — Ich will gleich zwei Petitionen berücksichtigen. Die eine ist aus Tilsit eingereicht, in der Männer des mittleren Bürgerstandes mit Ueberreichung einer Petition aus dem vorigen Jahre bitten, die älteren Darlehnskassen wenigstens noch ein paar Jahre fortbestehen zu lassen. Sie knüpfen diese Bitte an den Nothstand der Gegenwart. — Eine zweite Petition will Abhilfe des Nothstandes schaffen, indem die Erhöhung der Ministergehälter und ein Abzug von 10 bis 20 pCt. aller übrigen Gehälter darauf verwendet würden. Diese Petition wurde sogleich abgelehnt. — Es wird die Generaldiskussion eröffnet. Zuvor nimmt das Wort der Finanzminister v. d. Heydt: Im Anschluß an den eingehenden Vortrag des Herrn Referenten und an seine überall sehr zutreffenden Ausführungen beschränke ich mich für jetzt auf die Erklärung, daß die Staatsregierung sich mit dem von dem Herrn Referenten Namens der Kommission empfohlenen Entwurfe einverstanden erklärt, indeß mit dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Vincke aus den vom Referenten schon angeführten Gründen; daß aber die Regierung sich nicht einverstanden erklären kann mit dem Amendement Becker, weil sie der Meinung ist, daß es zu dem vom Antragsteller in Aussicht genommenen Zweck außerordentlicher Maßregeln nicht bedarf.

Abg. Dr. Becker: Ich befürchte, daß es nicht möglich sein wird, die Haupt-Thätigkeit, die bei dem Entwurfe in Aussicht genommen ist, die großen öffentlichen Bauten in einer Zeit zu erledigen, wo die Noth sehr groß ist. Einen Beweis hierfür werden Sie mir erlassen. Ich verweise Sie auf einen Bericht, der vorgestern im „Staatsanzeiger“ stand, wonach das Thermometer in jenen Gegenden 3 Grad Reaumür zeigt, so daß Kanäle und Chausseebauten nicht werden in Angriff genommen werden können. — Ich hätte gewünscht, daß die Staatsregierung die Kredit-Ertheilung nicht beschränkt hätte auf die Klassen der Bevölkerung, die in der Lage sind, eine hypothekarische Sicherheit zu geben. Es giebt unzählige Fälle, wo die hypothekarische Sicherheit nicht gestattet werden kann, weil der Besitztitel nicht erlangt ist, und das sind nicht immer die schlechtesten Darlehnssucher. Ich leugne nicht, daß mein Antrag wesentlich die Absicht hat, dem kleineren Gewerbestande zu helfen, und da bedauere ich nur, daß in der Kommission die Ansicht der Möglichkeit dieser meiner Absicht nicht durchgedrungen ist; und gerade, wenn in diesen Klassen ein Nothstand eintritt, so hat dies auch für die übrigen Klassen eine ganze Reihe nachtheiliger Wirkungen im Gefolge. Zum Schluß erklärt sich der Redner bereit, sein Amendement dahin zu ändern: Den Kreisverbänden ist gestattet, von den empfangenen Darlehnen den eingetragenen Genossenschaften gegen Bürgschaft auf Personalkredit verzinsliche Vorschüsse zu geben. — Abg. Dr. Löwe zieht den von der Regierung vorgeschlagenen Weg der indirekten Hülfe jedem anderen Wege vor, fürchtet aber, daß ein großer Theil derselben, namentlich die beabsichtigten Bauten, in Folge der ungünstigen Witterung nicht zur Ausführung würden kommen können. Für diesen Fall erwarte er weitere Vorlagen von der Regierung; man dürfe sich dann auch der direkten Hülfe nicht entziehen. Gerade bei dieser Gelegenheit offenbare sich wieder die sehr mangelhafte Zusammensetzung der Kreisstände. — Finanzminister v. d. Heydt: Mit dem Herrn Vorredner ist die Regierung der Meinung gewesen, daß dem Nothstande hauptsächlich durch indirekte Hülfe entgegenzutreten sei. In dieser Richtung sind bisher auch alle Anordnungen getroffen worden. Es haben jedoch die Vertreter der Provinz Preußen in diesem wie in dem anderen Hause es der Regierung als dringend nothwendig erklärt, daß eine Ausnahme gemacht werden müsse zu Gunsten der kleinen Besitzer, und daß diesen direkte Hülfe zu gewähren sei. Die Regierung ist nicht gern auf den Weg der direkten Hülfe übergegangen, aber unter den ihr geschilderten Umständen hat sie sich ausnahmsweise dazu entschlossen. Sie ist aber Willens, auf diesem ausnahmsweisen Wege der direkten Hülfe nicht weiter zu gehen, als es dringend geboten ist, und aus diesem Grunde erklärt sie sich auch gegen das Amendement Becker. Die Regierung stimmt auch mit dem Herrn Vorredner darin überein, daß sich die Mitwirkung der Kreisstände bei dieser direkten Hülfe nicht empfiehlt; es wird im Gegentheil eine Kommission, bestehend aus dem Landrathe des Kreises, einem Justizbeamten und einem für diese Angelegenheit sich besonders interessirenden Kreiseingesessenen, mit dem betreffenden Ausführungsgeschäfte beauftragt werden. Dem Bankverkehr legt die Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg, sobald es sich nur nicht um die Ausgabe von Banknoten handelt, was auf einem ganz anderen Gebiete steht.

Abg. v. Saucken (Tarputschen): Die Einwohner der Provinz Preußen haben diese Vorlage mit Freuden begrüßt; wir dürfen aber nicht verkennen, daß damit nur ein Anfang gemacht ist. Außerdem kommt diese Abhilfe sehr spät, wenngleich ich der Regierung keinen Vorwurf daraus machen will. Meine Verwunderung hat es erregt, daß gerade aus der Provinz Preußen sehr viele Landräthe es vorgezogen haben, in das Abgeordnetenhaus einzutreten, statt innerhalb ihres Kreises, in welchem sie jetzt nöthiger sind denn je, sämmtliche Mittel anzuwenden, die sie zur Linderung des Nothstandes in Händen haben. Auf einen Punkt mache ich außerdem den Finanzminister noch aufmerksam. Wenn man von dem Grundsatze ausgeht, daß Almosen so wenig wie möglich ausgegeben werden, dann wird es nöthig werden, in den von der Noth heimgesuchten Provinzen eine Revision der Grund- und Klassensteuer vorzunehmen. Das ist eine Form, in der dem armen Manne geholfen wird. Meine Herren! Unser Volk weiß, daß wir einen Staatsschatz von 25 Millionen haben, der für den Fall der Noth aufgesammelt ist; es weiß, daß oft Steuern über den Bedarf hinaus von ihm erhoben worden sind; es weiß endlich, daß Dotationen von vielen Millionen an die Feinde Preußens gegeben sind. Das preußische Volk erwartet nun auch, daß jetzt, wo der Nothstand da ist, wo wirklicher Hunger zu stillen ist, ihm die Hilfe nicht versagt werde. — Finanzminister Freiherr v. d. Heydt: Ich habe mich darüber gefreut, daß der Vorredner damit anfing, seinen Dank zu bezeigen für das, was von der Regierung zur Linderung der Noth vorgeschlagen ist. Ich hätte wohl gewünscht, daß er dabei geblieben wäre. Seine Anführung, daß die Regierung mit ihren Maßregeln zu spät gekommen ist, ist unrichtig. Die Regierung hat schon am 17. Oktober Vorschüsse zur Verfügung gestellt und die Aussicht auf weitere Anordnungen eröffnet. Die Regierung ist vollständig unterrichtet gewesen und ist nach Maßgabe des Bedarfs vorgegangen. Wenn der Herr Abgeordnete meint, die angewiesenen Mittel werden nicht ausreichen, so ist eine Phrase sehr leicht ausgesprochen, aber für jetzt ist noch nicht nachgewiesen, daß den Bedürfnissen des Augenblicks in der That damit nicht genügt wird. Ich habe mich über die Einstimmigkeit der Kommission, in welcher von keiner Seite mehr gefordert wurde, gefreut. Sollte ein Mehrbedarf nothwendig werden, so habe ich beim Einbringen des Gesetzes Namens der Staatsregierung gesagt, es sei möglich, daß die Dinge sich verschlimmern und daß die Regierung dann nicht anstehen würde, weitere Maßregeln vorzuschlagen. Der Herr Abgeordnete ist also wohl nicht in der Lage, anzunehmen, daß die Regierung anders verfahren wird. In dem, was sie bisher gethan hat, liegt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, es kann sie also kein Vorwurf treffen. Der Herr Vorredner hat schließlich auch politische Dinge in die Sache hineingezogen; ich hätte gewünscht, daß auch das nicht der Fall gewesen wäre.

Nachdem der Abg. Dr. Bender von der Tribüne und deshalb absolut unverständlich gesprochen, konstatirt v. Saucken, daß er der Regierung einen Vorwurf nicht gemacht habe, und ein Landrath der Provinz Preußen protestirt gegen den Vorwurf, trotz des Nothstandes ein Mandat angenommen zu haben. — §. 1 wird mit dem Amendement des v. Vincke angenommen. — Zu §. 3 bemerkt Abg. Schulze: Obwohl die Gerechtigkeit es erfordere, daß auch die Gewerbetreibenden unterstützt würden, so wolle er eine Zersplitterung der geringen Summen um so weniger beantragen, als mit der Beseitigung des Nothstandes erst angefangen werde. Dagegen hoffe er, daß die Regierung ihr Augenmerk auch namentlich auf die Industrie-Lohnarbeiter richten werde, die durch den vorjährigen Krieg in eine traurige Lage versetzt seien. Um nur so bald wie möglich das Gesetz zu Stande zu bringen, bitte er, alle Amendements, die der Zustimmung der Regierung nicht sicher wären, abzulehnen. — Der Finanzminister erklärt, daß die Staatsregierung die Arbeiterverhältnisse nicht aus dem Auge verlieren werde. Sie verkenne nicht, daß seit den vorjährigen kriegerischen Ereignissen noch ein gewisses Mißbehagen zurückgeblieben sei, welches ein Stocken der industriellen Unternehmungen veranlasse, indessen sei zu hoffen, daß dieser Druck bald verschwinden werde, wenn man sich von dem Ungrund der gehegten Befürchtungen überzeuge; eine augenblickliche Veranlassung zu einer darauf bezüglichen Vorlage könne er nicht anerkennen. — Der Abg. Becker zieht sein Amendement zurück, worauf auch der §. 3 ebenso wie alle folgenden Paragraphen der Regierungsvorlage unverändert angenommen werden. Schließlich wird das ganze Gesetz in der beschlossenen Fassung einstimmig genehmigt. — Es folgt nunmehr die Vorberathung des Etats des landwirthschaftlichen Ministeriums. Einnahmen: 950,767 Rt., darunter 621,765 Rt. durch die Auseinandersetzungen, 326,655 Rt. aus der Gestütverwaltung. Ausgaben: 2,200,131 Rt., darunter für größere Landesmeliorationen und Deichbauten 183,848 Rt., Prämien bei Pferderennen 51,000 Rt. (25,000 Rt. mehr als im vorigen Jahr), für die Gestütverwaltung 677,975 Rt. — Minister v. Selchow und sein Kommissar erläutern diesen Etat, der sich nur durch die Erweiterung der Monarchie und sehr unwesentlich gegen die Vorjahre verändert hat.

Abg. Richter (Essen): Wie der Rekrut auf die Frage: was ist ein Rekrut? antwortet: ein armer, geplagter Mensch, — so antwortet der Abgeordnete, der im Hause Neuling ist, auf die Frage: was ist ein Abgeordneter? Ein armer, geplagter Mensch (Heiterkeit). Redner liebt den Ackerbau mit Passion und bedauert daher, daß 35,000 Rt. für Ackerbauschulen ausgesetzt sind, und nun gar 1250 Rt. für Oekonomiegebäude! Sollte der Herr Minister einmal in Verlegenheit sein, so will Redner ihn herausreißen, indem er ihn auf ein verfallenes Gefängniß in seinem Wahlkreise aufmerksam macht (Heiterkeit.) Wenn das Zehnfache vom Hause verlangt würde, es würde mit Freuden gewährt werden. (Abg. Knapp: Nee!) — Minister v. Selchow: Ich bedauere, dem Hrn. Vorredner auf das von ihm betretene Gebiet der Behandlung nicht folgen zu können. (Bravo rechts.) Was das Materielle der Ausführungen betrifft, so beruht die Aeußerung über eine Position von 1250 Rt. für Oekonomiegebäude auf einem Mißverständniß. Durch den Zutritt der neuen Provinzen sind wir gleichzeitig um eine in Preußen bisher nicht übliche Art von Schulen bereichert worden, die sogenannten Mittelschulen, und es ist unsere Absicht, diese nicht nur fortbestehen zu lassen, sondern auch überall da, wo man mit Errichtung solcher vorgehen will, unsere Unterstützung zu gewähren. — Abg. Schmidt (Stettin): Die Räume des landwirthschaftlichen Ministeriums seien unzulänglich, man thäte besser, es zu verkaufen. Nach Bergen und Boulogne seien Kommissare der Regierung abgeschickt, um die Fischerei-Ausstellungen zu besuchen, ohne daß davon eine Wirkung zu Tage getreten: so seien die norwegischen Fischerböte zwar empfohlen, aber nicht nachgeahmt worden. Für Dünen-Kultur sei zu wenig ausgesetzt, der Plan, in Stralsund ein Fischerei-Museum zu gründen, liege ganz darnieder. — Minister v. Selchow erklärt, daß die Staatsregierung schon längst in der vom Vorredner angedeuteten Weise eine Ressorterweiterung des landwirthschaftlichen Ministeriums im Auge gehabt habe. — Die verschiedenen Forderungen des Vorredners waren recht schön; die Regierung werde alles Mögliche thun, nur lasse sich mit Rücksicht auf die vorhandenen Mittel nicht Alles auf einmal ausführen. — Von der Gründung eines Fischerei-Museums sei ihm nichts bekannt. – Die Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt, ebenso Titel 1—7 der Ausgaben.

Zu Tit. 8 (Besoldungen der Auseinandersetzungsbehörden) ist vom Abg. Born und Genossen der Antrag gestellt worden, die Staatsregierung zu ersuchen, sobald wie möglich die zur Aufhebung, bezüglich Ablösung der Erblehnverhältnisse, Mühlenbannrechte, Weideservituten &c., sowie aller noch bestehenden Beschränkungen des vollen und freien Grundeigenthums im Regierungsbezirk Wiesbaden erforderlichen Vorlagen dem Landtage vorzulegen. — Abg. Knapp empfiehlt denselben. — Der Regierungskommissar verspricht, daß seiner Zeit diesem Wunsche gewillfahrt werden soll, und wird der Antrag in Folge dessen zurückgezogen.

Zu Tit. 13 (Zur Förderung der Landeskultur; allgemeine wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke) liegen zwei Anträge vor: 1) Metscher und Genossen: die Regierung zu ersuchen, auf Acquisition eines für ein landwirthschaftliches Museum sich eignenden Grundstückes Bedacht zu nehmen und dem hiesigen landwirthschaftlichen Lehrinstitut eine den Lehrzwecken entsprechende Organisation zu geben;

2) Graf Franckenberg: die Regierung zu ersuchen, in Verbindung mit einer der landwirthschaftlichen Lehranstalten eine Anlage für künstliche

Fischzucht einzurichten event. im nächsten Etat eine Summe zur Unterstützung dieses Kulturzweiges anzusetzen. — Minister v. Selchow: Die Regierung wird für diesen Zweig helfend eintreten, wo ihre Hülfe verlangt wird, kann aber zur Zeit nicht ein besonderes Institut dafür schaffen. — Abg. v. d. Marwitz befürwortet den Antrag Metscher mit der Unzulänglichkeit der für das landwirthschaftliche Ministerium benutzten Räume. — Minister v. Selchow erkennt die Intentionen dieses Antrages durchaus an; die Regierung verfolge durchaus das darin ausgedrückte Ziel; es ließe sich jedoch nicht Alles plötzlich und auf einmal ausführen. Für das landwirthschaftliche Museum sei schon alles Mögliche geschehen; auf der Pariser Weltausstellung und in Hannover seien viele Ankäufe gemacht worden, auch seien schon zahlreiche Geschenke eingegangen. Da ein Gebäude noch nicht dafür vorhanden war, mußte ein Haus dazu gemiethet werden, natürlich nur provisorisch. Man sei jetzt mit der Aufstellung beschäftigt. In einem der nächsten Etats werde hoffentlich auch für diesen Zweig mehr ausgesetzt werden können. — Abg. Kantak wünscht vor der Schlußberathung noch Auskunft darüber, wie die in Nr. 3 dieses Titels ausgesetzten 58,744 Thlr. auf die einzelnen Provinzen vertheilt würden. — Minister v. Selchow verspricht diese Nachweisung. — Abg. Rebeker empfiehlt den Antrag Franckenberg und empfiehlt einen Müller in Hannover zur Berücksichtigung, der Forellenzucht sehr kultivire. — Um 4 Uhr wird der Antrag auf Vertagung gestellt. Es ist gleichzeitig der Antrag auf Schluß eingegangen. Der Antrag auf Schluß wird angenommen. — Die Position Tit. 13. wird genehmigt, der Antrag Metscher angenommen, der Antrag Franckenberg desgleichen. — Am Schluß die täglich wiederkehrende Debatte über Vertagung, sie wird beschlossen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung heute (Freitag) 10 Uhr; Tages-Ordnung: Fortsetzung der Budgetvorberathung (landwirthschaftliches Ministerium); Verträge mit Oldenburg, Virchow's Antrag, Wahlprüfungen.

Hamburg, 19. Dezember. Den „Hamburger Nachrichten" wird aus Hannover telegraphisch gemeldet, daß der Oberpräsident Graf zu Stolberg auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Anfrage zu Geldsammlungen in der Provinz Behufs Beschaffung eines Ehrengeschenkes für den ehemaligen König von Hannover zu der im nächsten Jahre bevorstehenden Feier der silbernen Hochzeit desselben mit der Maßgabe die Genehmigung ertheilt hat, daß bei Veranstaltung dieser Sammlungen alle ungeeigneten politischen Demonstrationen vermieden würden.

Leipzig, 18. Dezember. Dem Vernehmen der „Leipziger Nachrichten" nach sind in hiesigen Kreisen sehr namhafte Summen gezeichnet worden, um den Unteroffizieren und Mannschaften des 52. Regiments vor ihrem Abmarsche Festmahle in mehreren der größten Etablissements unserer Stadt zu geben. Dieser Abmarsch soll nach den bisherigen Befehlen für das Füsilierbataillon am 27. Dezember über Eilenburg, für das 1. Bataillon am 29. d. auf derselben Route und für das 2. Bataillon am nämlichen Tage über Wurzen zu Fuß stattfinden.

Karlsruhe, 19. Dezember. Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Schulgesetz im Wesentlichen nach den Anträgen der Kommission mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Ausland.

Wien, 18. Dezember. Der Budget-Ausschuß des Unterhauses hat den Gesetzentwurf, betreffend die Veräußerung von Staatseigenthum im Betrage von 15 Millionen Fl., nach längerer Diskussion, in welcher mehrere Redner entschieden dagegen auftraten, auf den Antrag Perger's dem Hause zur Annahme zu empfehlen beschlossen. Andererseits verlautet in Abgeordnetenkreisen, die Regierung beabsichtige, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

— 19. Dezember. Die Morgenblätter sind der Ansicht, daß gestern für die Kabinetsbildung entscheidende Schritte geschehen sind. Es gilt für sicher, daß Giskra das Portefeuille des Innern übernehmen werde, für das Finanzportefeuille werden Brestl und Hock genannt. Graf Andrassy und Freiherr v. Beust hatten gestern beim Kaiser eine Audienz. Andrassy dringt auf die Erledigung der Wehrfrage.

Wien, 19. Dezember. Die Kommission des Herrenhauses für konfessionelle Angelegenheiten berieth heute die im Unterhause beantragten Gesetzentwürfe betreffend die Ehegesetzgebung und die Trennung der Schule von der Kirche. Kardinal Rauscher bekämpfte die Entwürfe in ausführlicher Rede, während Lichtenfels für dieselben eintrat. Der Minister v. Hye erklärte, daß der demnächst zu ernennende Kultusminister die Anschauungen der Regierung über diesen Gegenstand kundgeben werde.

— Die „Correspondenz Schweizer" meldet, daß der sächsische Oberberghauptmann Beust berufen worden, die Leitung des österreichischen Bergbauwesens zu übernehmen.

Haag, 18. Dezember. Der König wird am Freitag die Mitglieder der ersten Kammer empfangen. — Da sich in der Umgegend von Antwerpen wieder die Viehseuche zeigt, hat die Regierung strenge Vorsichtsmaßregeln an den Grenzen getroffen.

— 19. Dezember. Gutem Vernehmen nach wird die Kammersession morgen geschlossen werden und alsdann die Auflösung der zweiten Kammer erfolgen.

Haag, 19. Dezember. Der Minister für die Kolonieen widerruft das Gerücht, daß zwischen dem General-Gouverneur der ostindischen Besitzungen und der Regierung ein Konflikt entstanden sei.

Paris, 19. Dezember. Einem Gerüchte zufolge hat die Regierung eine Anleihe von 750 Millionen beschlossen und den Entwurf bereits dem Staatsrathe vorgelegt.

— Bei der Diskussion über die Armee-Organisation nennt Jules Simon den Gesetzentwurf eine Erschwerung der Militärlast, indem 9 Jahre Dienstzeit statt 7½ Jahre in Vorschlag gebracht seien, wozu noch der Dienst in der mobilen Nationalgarde komme. Die Politik der Regierung verletze alle Völker, und, um ihre Fehler wieder gut zu machen, sage sie dann: „Frankreich gieb mir alle Deine Kinder!" Der Redner glaubt, daß ein Krieg möglich, aber nicht nahe bevorstehend sei. Nach Jules Simon ergriff Monf. Jerome David das Wort. Er sagt: Von der Seite des Rheins kommen die Prahlereien der durch Sieg berauschten Militärpartei, von den Alpen her ertönen die Verwünschungen der revolutionären Partei. Frankreich ist daher gehalten, Vorsicht anzuwenden. Die militärische Organisation unseres Landes werde eine der am mindesten schweren in Europa sein. — Monf. Latour Dumolin kann nicht die Ansicht zulassen, daß fünf Jahre aktiver Dienst in der Armee nothwendig seien, um aus der Mannschaft gute Soldaten zu bilden. Es würde genügt haben, wenn das Gesetz von 1832 verbessert worden wäre. — Fortsetzung der Debatten morgen.

— In der heutigen Sitzung des Senats kam die Todesstrafe zur Verhandlung. Mr. de Goulhot sprach sich folgendermaßen aus: Da die furchtbare Frage der Todesstrafe in den meisten großen Staaten Europas aufgestellt sei, dürfe der französische Senat darüber nicht schweigsam bleiben. Es sei gut, daß dem Lande die traurige Nothwendigkeit, die Todesstrafe aufrecht zu erhalten, dargethan werde. Der Redner verlangt für die Strafbarkeit bestimmter Handlungen und für die Ertheilung der Strafen ein eingehendes Studium Seitens der Regierung. Die Debatte wird auf Dienstag vertagt.

Florenz, 19. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer setzte Rattazzi seine Rede fort. Er beklagte sich über den dem vorigen Kabinet in den französischen diplomatischen Depeschen unverdient gemachten Vorwurf und über die großen Uebertreibungen des französischen Geschäftsträgers Villestreux mit Bezug auf die von den Freiwilligen getroffenen Vorbereitungen und deren Abmarsch. Der Redner sagt: Er habe Garibaldi nicht verhaften können, als derselbe nach Florenz zurückkehrte, weil er damals bereits seine Demission gegeben hatte. Er habe die Hülfs-Comité's nicht gesetzlich schließen können, da keine Beweise vorlagen, daß dieselben ihren vorgeblichen Zweck überschritten hatten. Was die Anklage des französischen Ministers betreffe, daß Frankreich vorgeschlagen habe, dessen Mitschuldiger beim Verrathe zu werden, müsse er als völlig unbegründet in Abrede stellen; er habe nie eine gemische Intervention an Frankreich vorgeschlagen, noch je Ritter Nigra angewiesen, eine Konferenz zu proponiren. Auf die Drohung Frankreichs, Italien den Krieg zu erklären, falls die italienischen Truppen die päpstliche Grenze überschreiten würden, habe ein Ministerrath stattgefunden, in welchem Rattazzi die sofortige Besetzung Roms durch italienische Truppen angerathen habe, allein die Minister hätten nicht mit ihren Ansichten übereingestimmt und kurz nachher erfolgte die ministerielle Krisis. Rattazzi wird seine Rede morgen fortsetzen. — Acerbi vertheidigte die Freiwilligen gegen die gegen dieselben vorgebrachten Anklagen ungebührlicher Aufführung und antimonarchischer Absichten. — Crispi protestirte gegen die Mißdeutung seiner Worte Seitens Menabrea und sagte, es sei seine Ansicht, daß Rom für Italien nothwendig ist. — Ricasoli wies die Beschuldigung, daß er die Deponirung von Waffen an der Grenze stillschweigend begünstigt habe, zurück.

London, 19. Dezember. Es wird gesagt, daß die Behörden Drohbriefe in Bezug auf eine beabsichtigte Brandstiftung an der Königlichen Schiffswerfte in Portsmouth erhalten hätten. Es sind umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen.

— Einem in Wolverhampton gefundenen Schriftstück zufolge scheint es, daß die Fenier den Plan entworfen hatten, die Waffendepots der Miliz in allen Städten Englands zu gleicher Zeit anzugreifen. Die Behörden haben Nachsuchungen angestellt.

Dublin, 18. Dezember. Martin, der Präsident, Waters und Salor, die Sekretäre des Comité's, welches die letzte Prozession zu Ehren der hingerichteten Fenier veranstaltet hat, sollen, weil sie sich gegen die Gesetze vergangen, an einem bestimmten Tage vor Gericht erscheinen. Die Stellung einer Kaution ist für zulässig erachtet.

Petersburg, 18. Dezember. Der Budget-Entwurf für 1868 ist fertig, es findet sich darin kein Defizit. — Unter den diplomatischen Dokumenten, welche die russische Regierung veröffentlicht hat, befindet sich auch ein Schreiben des Fürsten Gortschakoff an den russischen Botschafter in Konstantinopel, General Ignatieff, vom 10. Oktober 1866. Es heißt darin: Ich antworte nicht auf die Beschwerde Aali Pascha's über die Sprache der russischen Journale, welche sich einer durch das Gesetz beschränkten Freiheit der Ausdrucksweise erfreuen. Eine solche Freiheit ist vortheilhaft, aber mitunter auch unbequem. Ich selbst bin einige Male durch die Freiheit der Presse betroffen, aber ich ziehe sie doch dem Verschweigen der Gedanken vor. Dasselbe würde auch nicht den von dem Kaiser inaugurirten Reformen entsprechen, welche da nicht zur Vollendung gelangen können, wo der Gedanke in kleinlicher Weise geknebelt wird.

Petersburg, 18. Dezember. Der den Botschaftern in Paris und Konstantinopel, Freiherrn v. Budberg und General Ignatieff, jetzt bewilligte Urlaub war von denselben bereits im Laufe des vergangenen Sommers erbeten worden. Die gleichzeitige Herkunft der beiden Diplomaten wird zu Konferenzen mit dem Reichskanzler Anlaß geben. Von einem bevorstehenden Rücktritt des Fürsten Gortschakoff ist hier nichts bekannt.

Pommern.

Stettin, 20. Dezember. Die Herren von Warnstedt, Rud. Abel, Barsekow ꝛc. fordern ihre Mitbürger auf, morgen Nachmittag um 5 Uhr im Börsenlokale mit ihnen zur Berathung über die Frage zusammenzutreten, ob für diesen Winter eine Suppenanstalt einzurichten sei. Sie bitten zugleich diejenigen Herren, welche im vorigen Sommer für den Verein zur Linderung der durch die Cholera hervorgerufenen Noth herbeigesteuert haben, erscheinen zu wollen, um sich darüber zu erklären, ob sie mit der Verwendung der noch vorhandenen Restgelder des Vereins für die Zwecke der Suppenanstalt einverstanden sind.

— An dem heutigen Leichenbegängniß des Kanzleirathes Hoffmann nahmen außer dem Herrn Polizeidirektor v. Warnstedt und dem Polizeirath Mankopf auch sämmtliche Bureau- und Exekutivbeamten der Königl. Polizei-Direktion, soweit dies bei letzteren der Dienst irgend gestattet hatte, Theil.

— Der Dampfer „Alexandra", Preuß, ist gestern Mittag von Kopenhagen nach hier abgegangen, die Seepassage war eisfrei, jedoch im Kopenhagener Hafen etwas Treibeis. — Der Dampfer „Ceres" ist gestern Abend hier angekommen, „Snowdoun" und „Garrison" sind im Eise sitzen geblieben, während „Minos" nach Swinemünde zurückgekehrt ist und löscht. Die von hier abgegangenen Dampfer sind bis zum Kricks gekommen.

— Der Schooner „Carl Friedrich", Kunde, aus Colberg, von Königsberg nach Groningen mit Leinsamen, gerieth, wie aus Helsingör gemeldet wird, am 17. d. früh vor den Ankern ins Treiben und mußte, um Strandung zu entgehen, beide Anker und Ketten schlippen und Assistenz annehmen, um in den Hafen einzukommen. Die Anker liegen vor dem Hafen und werden, sobald das Wetter sich gemäßigt, aufgenommen werden.

— In dem in der Landsbergerstraße zu Berlin befindlichen Viehkruge erschien am 16. d. Mts. ein angeblicher Guts-Inspektor aus Grünhof bei Stettin und machte den dort anwesenden Viehhändlern Bobe und Wichner die Mittheilung, daß er im Auftrage seines Prinzipals 22 Stück Rindvieh und 12 Schweine verkaufen solle, indessen müsse der Verkauf, um das Vieh einer bevorstehenden gerichtlichen Beschlagnahme zu entziehen, spätestens am nächsten Vormittage stattfinden. B. und W. begaben sich mit dem Unbekannten deshalb sofort nach Stettin, woselbst sie am 16. Abends eintrafen und in dem Gasthofe Bohlwerk No. 37 abstiegen. Ungeachtet des Andringens des Unbekannten, mit ihnen in einem Zimmer zu logiren, lehnten B. und W. dies aus Vorsicht, da sie über 2000 Thaler baares Geld bei sich führten, doch bestimmt ab und bezog letzterer deshalb ein besonderes Zimmer. Nach einem vergeblichen Versuch, in der Nacht noch von dem Hausknecht des Gasthofes 3 Thaler geliehen zu erhalten, verließ er letzteren auf kurze Zeit, kehrte demnächst aber dorthin zurück und führte am nächsten Morgen die beiden Viehhändler nach dem Viktoriagarten, wohin er seinen Prinzipal wegen Abschluß des Kaufgeschäfts zu rufen versprach. Wer sich indessen nicht weiter blicken ließ, war der Unbekannte, der es bei dem Schwindel jedenfalls nur auf einen Diebstahl abgesehen hatte, wenn seine Begleiter nicht so vorsichtig gewesen wären. Er hat auch vergessen, im Gasthofe seine Zeche zu bezahlen, ist aber von den beiden Viehhändlern und dem Hausknecht der Polizei sehr genau beschrieben worden, so daß seine Ermittelung vielleicht noch gelingt.

— Wie der in Grabow wohnhafte Arbeiter Burgemeister behauptet, ist er vor einigen Abenden in der Junkerstraße hierselbst von dem in Züllchow wohnenden Arbeiter Wilh. Struck thätlich angegriffen und im Gesicht durch Messerstiche verletzt worden. Letzterer bestreitet dagegen, mit einem Messer gestochen zu haben, behauptet vielmehr, vorher am Dampfschiffsbohlwerk von B. angegriffen und gemißhandelt und demselben lediglich zu dem Zwecke gefolgt zu sein, um ihn über jenen Angriff zur Rede zu stellen. Die dem B. zugefügten Verletzungen haben übrigens nach ärztlichem Gutachten für dessen Gesundheit keinen dauernden Nachtheil.

— Dem in Pommerensdorfer Anlagen wohnhaften Arbeiter F. wurde vor einigen Nächten mittelst gewaltsamen Einbruchs aus dem Stalle seine Ziege gestohlen und, wie die dort am nächsten Morgen vorgefundenen Blutspuren vermuthen lassen, von dem bisher nicht ermittelten Diebe auch im Stalle sofort geschlachtet. — In einer hiesigen Eisenwaarenhandlung ist vorgestern ein verschließbarer eiserner Bouillontopf von 10 Quart Inhalt im Werthe von 3 Thlr. gestohlen.

— Von gestern bis heute wurden u. A. polizeilich verhaftet: die unverehelichte Dubberstein wegen verschiedener gemeingefährlichen Schwindeleien, der Arbeiter Martin Neils wegen Verdachtes einer Urkundenfälschung und der Eigenthümer Wilhelm Flüch aus Bredow wegen dringenden Verdachtes vorsätzlicher Brandstiftung.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Dezember. Witterung: trübe, Schneefall. Temperatur — 0° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco nach Qual. inländischer 90—97½ Rt. bez., bunter polnischer 91—94 Rt. bez., ungarischer 86—89 Rt. bez., feiner do. und mährischer 90—92 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Dezember 92 Rt. Gd., 93 Br., Frühjahr 95½ Rt. bez., 95¾ Br.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 70—74 Rt. bez., Dezember 73 Rt. bez. u. Br., Frühjahr 73¼, ½, ¼ Rt. bez. u. Br.

Gerste sehr flau, per 1750 Pfd. loco 49—50 Rt. bez., feine mähr. 51⅜ Rt. bez., 69—70pfd. Frühjahr schles. 52½ Rt. Gd.

Hafer pr. 1300 Pfd. loco 34½—35 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 36 Rt. bez.

Rüböl matt, loco 10¼ Rt. Br., Dezember 10 Rt. Gd., Dezember-Januar 10$^{1}/_{12}$ Rt. bez., April-Mai 10$^{5}/_{12}$ Rt. Br.

Spiritus matter, loco ohne Faß 20$^{1}/_{12}$ Rt. bez., mit Faß 20 Rt. bez., Dezember 20 Rt. Br., Dezember-Januar und Januar-Februar 20 Rt. Gd., Frühj. 20¾ Rt. Br., 20⅔ Rt. Gd.

Kleesaat fest, rother 14⅚—16 Rt. nach Qualität bez., weißer 19 bis 22 Rt. Br.

Lupinen blaue 38—39 Rt. bez., gelbe 42—44 Rt. bez.

Thymothee fein 10 Rt. bez.

Petroleum loco 6⅞ Rt. bez., Dezember-Januar 6¾ Rt. bez.

Leinsaat, Pernauer 12⅚ Rt. bez., Februar 13 Rt. Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 93, Roggen 73, Rüböl 10, Spiritus 20.

Hamburg, 19. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ohne Kauflust. Roggen auf Termine fester. Weizen auf spätere Termine beachteter. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 166 Bankothaler Br. und 166 Gd., pr. Dezember-Januar 164 Br. und Gd., pr. Frühjahr 167 Br., pr. Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., pr. Dezember-Januar 134 Br. u. Gd., pr. Frühjahr 132 Br., 131 Gd. Rüböl unverändert, loco 22⅝, per Mai 23⅜. Spiritus zu 29½ angeboten. Kaffee lebhafter, verkauft 2200 Sack Rio zur Verschiffung. Zink sehr geschäftslos.

Amsterdam, 19. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco unverändert, auf Termine 1½ Fl. niedriger. Rüböl per Mai 37½, pr. November-Dezember 37½.

Stettin, den 20 December.

Hamburg ...	6 Tag.	151¾ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„ ...	2 Mt.	151 bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
„	2 Mt.	142½ bz	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 bz	Pr. National-V.-A.	4	119 G
„	3 Mt.	6 24 bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	$81^{7}/_{12}$ bz	Pomerania	4	119 G
„	2 Mt.	81¼ bz	Union	4	104½
Bremen ...	3 Mt.	—	St. Speicher-A. ...	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A. ...	5	—
Wien	8 Tag.	83¾ B	Pom. Prov.-Zuckers.	5	800 G
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ..	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	96½ B	Bredower „	4	—
„ „	5	103 bz	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	83½ B	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	116 B	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	76¼ B	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	86½ B	Neue Dampfer-C. ..	4	—
„ Rentenb.	4	90⅛ bz	Germania		96 G
Ritt. P.P.B.A.	4	92 B	Vulkan		85 G
Berl.-St. E. A.	4	135 B	St. Dampfmühle ..	4	101 G
„ Prior.	4	83¼ bz	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	4½	95 B	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	93¾ B	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges. ..	5	—
St. Stadt-O.	4½	94½ B			